

07.09.2005 - 16:04 Uhr

## SFA: Bundesrat ersäuft die Prävention im Bier

Lausanne (ots) -

Heute hat der Bundesrat im Rahmen der Diskussion über das Bundesgesetz zur Biersteuer entschieden, auf eine Steuererhöhung für Bier zu verzichten. Die Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) hält diesen Entscheid für höchst fragwürdig. Bier ist bei den 13- bis 16-jährigen Knaben das beliebteste alkoholische Getränk und gerade bei Jugendlichen können Billigpreise zum Konsum anregen. In Anbetracht des zunehmenden Rauschtrinkens unter Jugendlichen ist dies problematisch.

In seiner heutigen Botschaft zum Bundesgesetz über die Biersteuer hat der Bundesrat entschieden, auf eine Erhöhung der Biersteuer, wie sie die Gesundheitsorganisationen gefordert hatten, zu verzichten. Die Stiftung SFA hält diesen Entscheid für sehr fragwürdig. In der Vernehmlassung zum neuen Biersteuergesetz hatte sie sich im Sinne der Prävention deutlich für eine Steuererhöhung eingesetzt, denn heutzutage ist Bier im Verkauf manchmal sogar billiger als nicht-alkoholische Getränke.

Billiges Bier untergräbt die Alkoholprävention bei Jugendlichen. Bei der von Gesundheitsorganisationen geforderten Steuererhöhung handelt es sich nicht um eine Schikane für die Bierkonsumierenden, sondern um eine Präventionsmassnahme im Sinne der öffentlichen Gesundheit. Alkohol, d.h. auch Bier, ist kein Konsumgut wie jedes andere, sondern eine psychoaktive Substanz, die besonders für die physische und psychische Gesundheit Heranwachsender Risiken birgt. Bier zu Billigstpreisen kann gerade bei Jugendlichen, die ja über ein bescheidenes Budget verfügen, dazu führen, dass sie ihren Alkoholkonsum steigern oder früher damit beginnen. Untersuchungen der SFA zeigen, dass Bier bei den 13- bis 16-jährigen Knaben das am häufigsten konsumierte alkoholische Getränk ist. Zudem nimmt das Rauschtrinken unter den Heranwachsenden zu.

Es ist bedauernd, dass der Bundesrat die Gelegenheit verpasst hat, eine Lenkungsabgabe zum Zweck der Alkoholprävention zu schaffen. Am Beispiel der Alcopops hat sich deutlich gezeigt, dass die Einführung einer Sondersteuer den Konsumboom zu bremsen vermochte; Preiserhöhungen sind also eine höchst wirksame Präventionsmassnahme - insbesondere bei Jugendlichen. Mit seinem Entscheid vernachlässigt der Bundesrat nicht nur die Interessen der öffentlichen Gesundheit, sondern untergräbt auch die Anstrengungen der Alkoholprävention bei Jugendlichen.

Kontakt:

Janine Messerli  
Tel. +41/21/321'29'74  
E-Mail: [jmesserli@sfa-ispa.ch](mailto:jmesserli@sfa-ispa.ch)